

G 37871



**Pro Auditö**  
**Wirtschaftsprüfung und**  
**Steuerberatung GmbH**  
Wiedner Gürtel 13, Turm 24  
1100 Wien  
Tel.: +43 (1) 54617-0  
Fax: +43 (1) 54617-505  
E-Mail: [office@pro-auditö.at](mailto:office@pro-auditö.at)  
[www.pro-auditö.at](http://www.pro-auditö.at)  
FN 474515t, HG Wien  
Sitz: Wien, ATU72514512

Rent a Beerjet AG,  
Waidhofen an der Ybbs

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum

31. Dezember 2024

H/354955

## Inhaltsverzeichnis

	<b>Seite</b>
1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung.....	1
2. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses.....	3
2.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss und zum Lagebericht.....	3
2.2. Erteilte Auskünfte.....	3
2.3. Nachteilige Veränderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und wesentliche Verluste .....	3
2.4. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs. 2 und Abs. 3 UGB (Ausübung der Redepflicht) .....	3
3. Bestätigungsvermerk.....	4

## Beilagenverzeichnis

	<b>Beilage</b>
<b>Jahresabschluss und Lagebericht</b>	
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024	I
• Bilanz zum 31. Dezember 2024	
• Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2024 bis 31. Dezember 2024	
Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2024 bis 31. Dezember 2024	II
<b>Andere Beilagen</b>	
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe	III

**An die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates der  
Rent a Beerjet AG  
Im Vogelsang 18/Tür 18  
3340 Waidhofen an der Ybbs**

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2024 der

**Rent a Beerjet AG,  
Waidhofen an der Ybbs,**

(im Folgenden auch kurz "Gesellschaft" genannt) abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden Bericht:

#### **1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung**

In der ordentlichen Hauptversammlung vom 5. Juni 2024 der Rent a Beerjet AG, Waidhofen an der Ybbs, wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024 gewählt. Die Gesellschaft, vertreten durch den Aufsichtsrat, schloss mit uns einen Prüfungsvertrag, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht gemäß den §§ 269 ff UGB zu prüfen.

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Kleinstgesellschaft iSd § 221 UGB.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine Pflichtprüfung.

Diese Prüfung erstreckt sich, unter Einbeziehung der Buchführung, darauf, ob bei der Erstellung des Jahresabschlusses die gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden. Der Lagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und die berufüblichen Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing). Wir weisen darauf hin, dass das Ziel der Abschlussprüfung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Wir führten die Prüfung im Zeitraum von März bis Mai 2025 durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Frau Mag. Manuela Ponesch-Urbaneck, Wirtschaftsprüferin, verantwortlich.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Gesellschaft abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen herausgegebenen "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe" (Beilage III) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten.

Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

## 2. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

### 2.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss und zum Lagebericht

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir – soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten – die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

### 2.2. Erteilte Auskünfte

Die gesetzlichen Vertreter haben die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise erteilt und eine Vollständigkeitserklärung unterfertigt.

### 2.3. Nachteilige Veränderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und wesentliche Verluste

Der Rückgang des Ergebnisses nach Steuern auf TEUR -28 (VJ: TEUR -17) ist vor allem auf die umfangreiche Instandhaltung älterer Beerjet-Modelle und erforderlichen Forderungsberichtigungen zurückzuführen. Vergleiche hierzu auch die Ausführungen im Lagebericht unter Geschäftsverlauf.

### 2.4. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs. 2 und Abs. 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand der geprüften Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Satzung erkennen lassen.

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass im Geschäftsjahr 2024 vier Aufsichtsratssitzungen abgehalten wurden, jedoch nicht, wie in § 94 Abs. 3 AktG gefordert, eine Sitzung pro Quartal.

Weiters erfolgte gemäß Generalversammlungsprotokoll vom 23. März 2023 die Bestellung des 1. Aufsichtsrates bis zur Beendigung der ersten Hauptversammlung, die nach Ablauf eines Jahres seit der Eintragung der Umwandlung der Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft in das Firmenbuch zur Beschlussfassung über die Entlastung stattfindet. Die Wiederbestellung erfolgte in der Hauptversammlung vom 5. Juni 2024 nur mündlich und wurde nicht protokolliert.

Wesentliche Schwächen bei der internen Kontrolle des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt. Die Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs (§ 22 Abs. 1 Z 1 URG) sind nicht gegeben.

### 3. Bestätigungsvermerk

#### Bericht zum Jahresabschluss

##### Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der

**Rent a Beerjet AG,  
Waidhofen an der Ybbs,**

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und weiteren Angaben unter der Bilanz geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2024 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

##### Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften, und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise bis zum Datum des Bestätigungsvermerks ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

##### Sonstiger Sachverhalt

Nach österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften wird bei Kleinstkapitalgesellschaften davon ausgegangen, dass der Jahresabschluss ohne weitere Angaben und Erläuterungen ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

##### Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit - sofern einschlägig - anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

#### **Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses**

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt.

Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung.

- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk darauf aufmerksam zu machen oder unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wir tauschen uns mit dem Aufsichtsrat unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

#### **Bericht zum Lagebericht**

Der Lagebericht ist aufgrund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

#### **Urteil**



Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

**Erklärung**

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Lagebericht nicht festgestellt.

Wien, 27. Mai 2025

Pro Audito Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH

Mag. Manuela Poneschke  
Wirtschaftsprüferin

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs. 2 UGB zu beachten.

# **Beilage I**

**Jahresabschluss zum  
31. Dezember 2024**

<b>Aktiva</b>	31.12.2024		31.12.2023	
	€	%	€	%
<b>A. Anlagevermögen</b>				
I. Sachanlagen				
1. technische Anlagen	504,66	0,1	1.009,33	0,3
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>436.269,57</u>	90,4	<u>303.515,90</u>	74,0
	<b>436.774,23</b>	<b>90,5</b>	<b>304.525,23</b>	<b>74,3</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	20.280,40	4,2	44.073,46	10,8
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	20.528,14	4,3	24.565,40	6,0
<i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als       einem Jahr</i>	<u>2.876,40</u>	<u>0,6</u>	<u>2.876,40</u>	<u>0,7</u>
	40.808,54	8,5	68.638,86	16,7
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>4.203,85</u>	0,9	<u>36.240,91</u>	8,8
	<b>45.012,39</b>	<b>9,3</b>	<b>104.879,77</b>	<b>25,6</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<u>680,15</u>	0,1	<u>615,95</u>	0,2
<b>Summe Aktiva</b>	<u><u>482.466,77</u></u>	<b>100,0</b>	<u><u>410.020,95</u></u>	<b>100,0</b>

Passiva	31.12.2024		31.12.2023	
	€	%	€	%
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. eingefordertes Grundkapital	84.000,00	17,4	84.000,00	20,5
übernommenes Grundkapital	84.000,00	17,4	84.000,00	20,5
einbezahltes Grundkapital	84.000,00	17,4	84.000,00	20,5
II. Kapitalrücklagen				
1. gebundene	154.000,00	31,9	154.000,00	37,6
III. Bilanzverlust	-107.967,46	-22,4	-80.463,66	-19,6
davon Verlustvortrag	-80.463,66	-16,7	-234.185,35	-57,1
	<b>130.032,54</b>	<b>27,0</b>	<b>157.536,34</b>	<b>38,4</b>
<b>B. Rückstellungen</b>				
1. Steuerrückstellungen	0,00	0,0	74,00	0,0
2. sonstige Rückstellungen	15.772,65	3,3	12.542,16	3,1
	<b>15.772,65</b>	<b>3,3</b>	<b>12.616,16</b>	<b>3,1</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	251.424,39	52,1	132.103,35	32,2
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	46.484,80	9,6	18.866,33	4,6
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	204.939,59	42,5	113.237,02	27,6
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	16.080,66	3,3	20.399,48	5,0
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	16.080,66	3,3	20.399,48	5,0
3. sonstige Verbindlichkeiten	64.785,72	13,4	85.218,22	20,8
davon aus Steuern	812,30	0,2	446,59	0,1
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	522,88	0,1	1.730,64	0,4
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	37.110,76	7,7	31.734,04	7,7
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	27.674,96	5,7	53.484,18	13,0
	<b>332.290,77</b>	<b>68,9</b>	<b>237.721,05</b>	<b>58,0</b>
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	99.676,22	20,7	70.999,85	17,3
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	232.614,55	48,2	166.721,20	40,7
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>4.370,81</b>	<b>0,9</b>	<b>2.147,40</b>	<b>0,5</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>482.466,77</b>	<b>100,0</b>	<b>410.020,95</b>	<b>100,0</b>

Gewinn- und Verlustrechnung  
1.1.2024 bis 31.12.2024

	2024 €	%	2023 €	%
1. Umsatzerlöse	<u>396.395,44</u>	100,0	<u>276.096,09</u>	100,0
2. Betriebsleistung	<u>396.395,44</u>	100,0	<u>276.096,09</u>	100,0
3. sonstige betriebliche Erträge	3.568,27	0,9	43.432,17	15,7
4. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	<u>62.182,27</u>	15,7	<u>48.497,41</u>	17,6
5. Zwischensumme aus Z 1 BIS 4	<u>337.781,44</u>	85,2	<u>271.030,85</u>	98,2
6. Personalaufwand	<u>108.869,76</u>	27,5	<u>76.025,40</u>	27,5
7. Zwischensumme aus Z 1 BIS 6	<u>228.911,68</u>	57,8	<u>195.005,45</u>	70,6
8. Abschreibungen	60.987,45	15,4	59.852,39	21,7
9. sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>176.808,62</u>	44,6	<u>135.131,16</u>	48,9
10. Zwischensumme aus Z 1 bis 9 (Betriebsergebnis)	-8.884,39	-2,2	21,90	0,0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>15.119,41</u>	3,8	<u>13.800,21</u>	5,0
12. Zwischensumme aus Z 11 bis 11 (Finanzergebnis)	<u>-15.119,41</u>	-3,8	<u>-13.800,21</u>	-5,0
13. Ergebnis vor Steuern (Summe aus Z 10 und Z 12)	-24.003,80	-6,1	-13.778,31	-5,0
14. Steuern vom Einkommen	<u>3.500,00</u>	0,9	<u>3.500,00</u>	1,3
15. Ergebnis nach Steuern	<u>-27.503,80</u>	-6,9	<u>-17.278,31</u>	-6,3
16. Jahresfehlbetrag	-27.503,80	-6,9	-17.278,31	-6,3
17. Auflösung von Kapitalrücklagen	0,00	0,0	171.000,00	61,9
18. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	<u>-80.463,66</u>	-20,3	<u>-234.185,35</u>	-84,8
19. Bilanzverlust	<u><u>-107.967,46</u></u>	-27,2	<u><u>-80.463,66</u></u>	-29,1

# **Beilage II**

**Lagebericht für das  
Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2024  
bis 31. Dezember 2024**

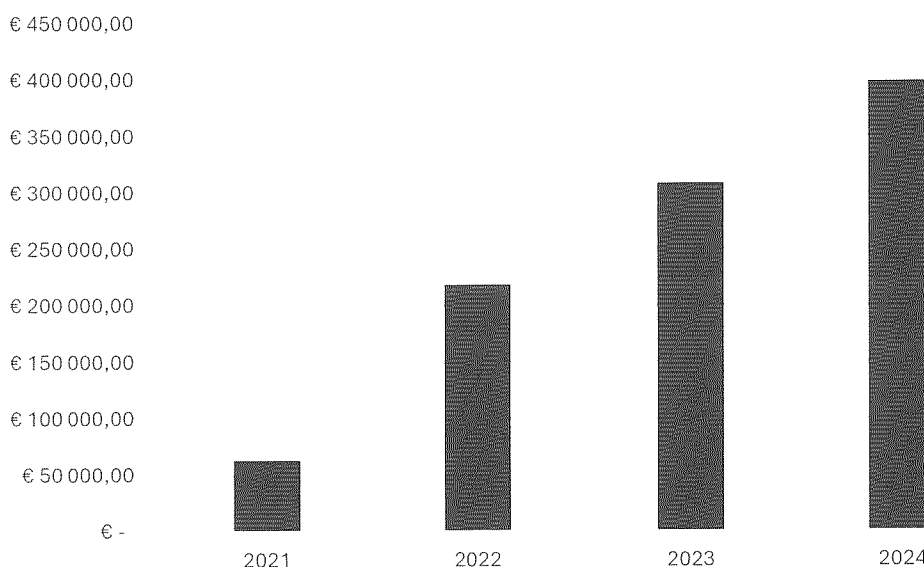
# Lagebericht der Rent a Beerjet AG 2024

## Geschäftsverlauf

### Entwicklung der Geschäftsergebnisse und Kennzahlen:

Im Jahr 2024 erzielte die Rent A Beerjet AG einen Jahresumsatz von €398.044,44, einschließlich sonstiger betrieblicher Erträge. Dies stellt eine beeindruckende Steigerung von 29% im Vergleich zum Vorjahr dar. Das vorgegebene Budget für die Vermietung und den Verkauf von Beerjets wurde somit vollständig erreicht, und der Vorstand zeigt sich angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds sehr zufrieden mit den Ergebnissen. Diese positive Entwicklung unterstreicht das kontinuierliche Umsatzwachstum der letzten Jahre.

Umsatzzahlen



Durch den Zukauf von sieben zusätzlichen Beerjet 6 Mobile der Generation C + einen Gebrauchten Beerjet 6 mobile der Generation B, die vor dem Sommer 2024 in das Sortiment aufgenommen wurden, sowie der Bestellung von zwei Beerjet 2 Mobile, die im Frühjahr 2025 erwartet werden, konnte die Flotte weiter ausgebaut werden. Dies stärkt unsere Marktposition und ermöglicht uns, auf die steigende Nachfrage flexibler zu reagieren.

Besonders erfreulich ist, dass wir mit mehreren unserer Stammkunden langfristige Verträge abschließen konnten. Drei Jahresverträge wurden erfolgreich abgeschlossen, was uns eine gewisse Planungssicherheit für die kommenden Jahre bietet. Darüber hinaus haben wir mit mehreren potenziellen Partnern Verhandlungen aufgenommen, sodass wir 2025 mit den ersten Abschlüssen rechnen.

Trotz erfreulicher Fortschritte in vielen Bereichen des Unternehmens war das Geschäftsjahr 2024 auch von finanziellen Herausforderungen geprägt. Insbesondere der gezielte Ausbau unserer Infrastruktur – darunter die Anschaffung weiterer Beerjets, die Erweiterung unseres Lagers sowie die Instandhaltung älterer Maschinen – führte zu außergewöhnlichen Aufwendungen, die sich insgesamt in einem negativen

Jahresergebnis von rund 28.000 € niederschlugen. Diese Investitionen sind jedoch langfristig ausgerichtet und bilden die Grundlage für weiteres Wachstum sowie die Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Zusätzlich wirkten sich zwei Insolvenzen von Geschäftspartnern belastend auf die Ergebnisentwicklung aus. Dabei stehen Außenstände in Höhe von insgesamt rund 30.000 € im Raum. Nach aktuellem Stand ist lediglich mit einer Insolvenzquote von etwa 20 % zu rechnen. Da die Verfahren jedoch noch nicht abgeschlossen sind, bleibt der endgültige Ausgang offen.

Trotz dieser Rückschläge blicken wir optimistisch nach vorn: Wir haben in unsere Strukturen investiert, unsere Prozesse verbessert und sind überzeugt, dass sich diese Schritte bereits mittelfristig positiv auswirken werden.

## Lage der Gesellschaft

### Vermögenslage

	31.12.2024 TEUR	31.12.2023 TEUR	+/- TEUR	%
<b>kurzfristiges Umlaufvermögen</b>				
Lieferforderungen	20	44	-24	-54,0
sonstige Forderungen	18	22	-4	-18,6
flüssige Mittel	4	36	-32	-88,4
Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	0	10,4
	<b>43</b>	<b>103</b>	<b>-60</b>	<b>-58,3</b>
<b>kurzfristiges Fremdkapital</b>				
kurzfristige Rückstellungen	16	13	3	25,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	46	19	28	146,4
Lieferverbindlichkeiten	16	20	-4	-21,2
sonstige Verbindlichkeiten	37	32	5	16,9
Rechnungsabgrenzungsposten	4	2	2	103,5
	<b>120</b>	<b>86</b>	<b>34</b>	<b>39,8</b>
<b>Working Capital (Netto-Umlaufvermögen)</b>	<b>-77</b>	<b>17</b>	<b>-94</b>	<b>k. A.</b>
<b>Anlagevermögen</b>				
Sachanlagen	<b>437</b>	<b>305</b>	<b>132</b>	<b>43,4</b>
<b>langfristiges Umlaufvermögen</b>				
sonstige Forderungen	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>
<b>langfristiges Fremdkapital</b>				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	205	113	92	81,0
sonstige Verbindlichkeiten	28	53	-26	-48,3
	<b>233</b>	<b>167</b>	<b>66</b>	<b>39,5</b>
<b>Reinvermögen (Eigenkapital)</b>	<b>130</b>	<b>158</b>	<b>-28</b>	<b>-17,5</b>
<b>Grundkapital</b>	<b>84</b>	<b>84</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>
<b>Kapitalrücklagen</b>	<b>154</b>	<b>154</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>
<b>Bilanzverlust</b>	<b>-108</b>	<b>-80</b>	<b>-28</b>	<b>34,2</b>
<b>Summe Eigenkapital</b>	<b>130</b>	<b>158</b>	<b>-28</b>	<b>-17,5</b>
<b>Summe Fremdkapital</b>	<b>352</b>	<b>252</b>	<b>100</b>	<b>39,6</b>
<b>Bilanzsummendifferenz</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-100,0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>482</b>	<b>410</b>	<b>72</b>	<b>17,7</b>

### Finanzlage

- Kapitalflussrechnung

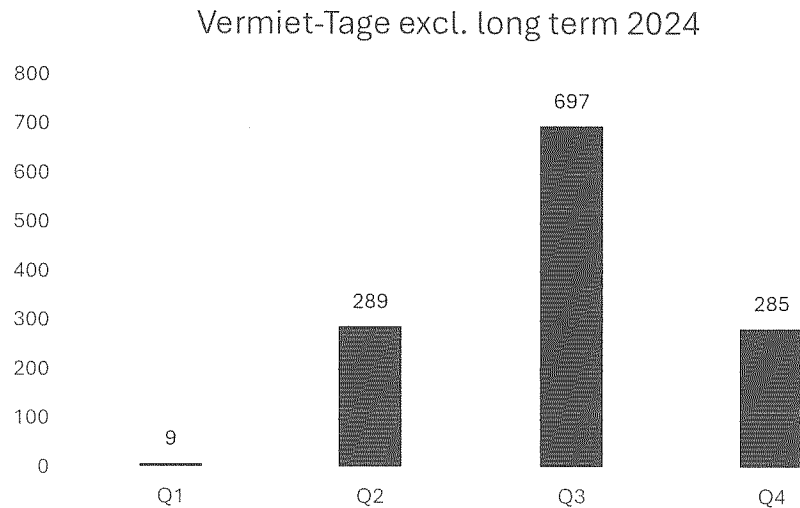
	2024 TEUR	2023 TEUR
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>-24</b>	<b>-14</b>
<b>Überleitung auf den Netto-Geldfluss aus dem Ergebnis vor Steuern</b>		
Gewinn aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Investitionsbereichs	0	-10
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens sowie auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	61	60
<b>Geldfluss aus dem Ergebnis</b>	<b>37</b>	<b>36</b>
Ab-/Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	28	-15
Zunahme der Rückstellungen, ausgenommen für Steuern vom Einkommen	3	5
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-23	-48
	<b>69</b>	<b>-8</b>
<b>Netto-Geldfluss aus dem Ergebnis vor Steuern</b>	<b>45</b>	<b>-22</b>
<b>Zahlungen für Steuern</b>		
Steuern vom Einkommen	-4	-4
Veränderungen Steuerrückstellungen	0	-2
	<b>-4</b>	<b>-6</b>
<b>Netto-Geldfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>42</b>	<b>-27</b>
<b>Netto-Geldfluss aus der Investitionstätigkeit</b>		
Einzahlungen aus Anlagenabgang (ohne Finanzanlagen)	0	34
Anlagenzugänge lt. Anlagenspiegel (ohne Finanzanlagen)	-193	-225
	<b>-193</b>	<b>-191</b>
<b>Netto-Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit</b>		
Einzahlung von Nennkapital	0	14
Einzahlung von Kapitalrücklagen	0	154
Einzahlungen/Auszahlungen für die Aufnahme/Tilgung von sonstigen Finanzkrediten	119	-18
	<b>119</b>	<b>150</b>
<b>zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes</b>	<b>-32</b>	<b>-69</b>
<b>Finanzmittelbestand am Beginn der Periode</b>	<b>36</b>	<b>105</b>
<b>Finanzmittelbestand am Ende der Periode</b>	<b>4</b>	<b>36</b>

## Ertragslage

	2024 TEUR	2023 TEUR	+/- TEUR	%
<b>Rohertag I</b>	<b>334</b>	<b>228</b>	<b>107</b>	<b>46,8</b>
Personalaufwand				
Löhne und Gehälter	-89	-61	-28	-46,4
soziale Aufwendungen	-20	-15	-5	-30,2
	<u>-109</u>	<u>-76</u>	<u>-33</u>	<u>-43,2</u>
<b>Rohertag II</b>	<b>225</b>	<b>152</b>	<b>74</b>	<b>48,7</b>
sonstige betriebliche Erträge	4	43	-40	-91,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-177	-135	-42	-30,8
<b>Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA)</b>	<b>52</b>	<b>60</b>	<b>-8</b>	<b>-13,0</b>
Abschreibungen	-61	-60	-1	-1,9
<b>Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)</b>	<b>-9</b>	<b>0</b>	<b>-9</b>	<b>k. A.</b>
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-15	-14	-1	-9,6
<b>Ergebnis vor Steuern (EBT)</b>	<b>-24</b>	<b>-14</b>	<b>-10</b>	<b>74,2</b>
Steuern vom Einkommen	-4	-4	0	0,0
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>-28</b>	<b>-17</b>	<b>-10</b>	<b>59,2</b>
Veränderung von Rücklagen				
Auflösung von Kapitalrücklagen	0	171	-171	-100,0
<b>Jahresverlust/-gewinn</b>	<b>-28</b>	<b>154</b>	<b>-181</b>	<b>k. A.</b>

## Absatzentwicklung:

Das Jahr 2024 war für die Rent A Beerjet AG ein erfolgreiches Jahr. Insgesamt konnten wir 1.280 Verleih-Tage (exklusive 8 Stück Beerjet Langzeitvermietungen) verzeichnen, was einer Steigerung von 22% im Vergleich zum Vorjahr entspricht.



Diese positive Entwicklung zeigt deutlich, dass die jahrelange Arbeit im Aufbau eines stabilen Stammkundenstamms nun Früchte trägt. Darüber hinaus haben wir unseren Fokus weiterhin auf den gezielten Ausbau unseres Partnernetzwerks sowie die Akquise neuer Kunden gelegt. So konnten wir 2024 insgesamt 16 neue Kunden für unsere Produkte gewinnen. Auch im kommenden Jahr streben wir eine ausgewogene Verteilung zwischen Partnern und Endkunden an, um das Wachstum weiter zu sichern.

Unsere Jetpiloten waren sowohl bei Bestandskunden als auch bei Neukunden im Einsatz. Die hohe Nachfrage nach unseren Beerjets spricht für die Qualität und den Service, den wir bieten. Ein weiterer strategischer Schwerpunkt für die kommenden Monate wird sein, die schwächeren Wintermonate besser zu nutzen. Dies soll einerseits durch eine gezielte Wartung und das Update unserer Beerjets geschehen, andererseits möchten wir in dieser Zeit die Auslastung weiter steigern.

Auch auf internationaler Ebene können wir eine positive Entwicklung feststellen: Unsere Partner in der Schweiz und in Deutschland berichten von einer insgesamt positiven Marktstimmung. So hat unser Schweizer Partner bereits für das Jahr 2025 weitere Beerjets für den Herbst angefragt. Die anhaltende Personalnot, die in vielen Branchen spürbar ist, zeigt sich auch besonders in der Gastronomie. Dies stellt eine Herausforderung dar, eröffnet jedoch auch Chancen für unsere Flexibilität und den steigenden Bedarf an innovativen Lösungen wie den Beerjets.

## Wesentliche Investitionen:

Sieben Beerjet 6 Mobile der Generation C, ein gebrauchtes Beerjet 6 Mobile der Generation B sowie zwei Beerjet 2 Mobile auf Technikwagen wurden zugekauft. Zudem wurde die Lagerfläche verdoppelt und eine moderne Waschbox für die Reinigung und den Service nach den Veranstaltungen integriert.

Diese Investitionen haben sich bereits in der zweiten Jahreshälfte 2024 positiv bemerkbar gemacht. Die neuen Geräte wurden sehr gut gebucht, und die erweiterte Lagerfläche war aufgrund der gestiegenen Nachfrage dringend erforderlich.

## **Besondere Ereignisse im Personalbereich**

Aufgrund der guten Auslastung im Jahr 2023 haben wir beschlossen, die Arbeitszeit unseres Jetpiloten auf 38,5 Stunden pro Woche zu erhöhen. Diese Maßnahme hat sich bewährt, da die erhöhte Arbeitszeit zu einer ausreichenden Auslastung geführt hat.

## **Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres**

### **Voraussichtliche Entwicklung und Risiken des Unternehmens**

Es freut uns, dass einige Kunden bereits nach der Veranstaltung den Beerjet für das kommende Jahr bestellt haben. Allerdings haben andere Kunden bis zum Jahresende noch keine Bestellungen aufgegeben, da sie von den Veranstaltern teilweise keine verbindlichen Zusagen erhalten haben. Dennoch sehen diese Kunden den Beerjet mittlerweile als festen Bestandteil ihrer Veranstaltung. Dieser Vertrauenszuwachs ist das Ergebnis langjähriger harter Arbeit, die sich nun auszahlt.

Für das Jahr 2025 haben wir uns eine Umsatzsteigerung von erneut 10 % zum Ziel gesetzt und streben gleichzeitig einen Gewinn an, der auch eine entsprechende Ausschüttung an die Aktionäre umfasst. Angesichts der wirtschaftlichen Situation in Österreich und Deutschland, den beiden Ländern, in denen wir den größten Umsatz erzielen, könnte es jedoch zu möglichen Einbußen im Konsumverhalten der Gäste bei Festivals und Veranstaltungen kommen. Darüber hinaus sind Entwicklungen im Eventbereich weiterhin schwer vorhersehbar und nicht vollständig steuerbar.

Ein weiteres Risiko stellen die steigenden Kreditzinsen dar, da diese den Ausbau unserer Beerjet-Flotte beeinträchtigen könnten. Unsere aktuellen Kredite sind jedoch über die gesamte Laufzeit fix verzinst, was uns in Zeiten hoher Zinsen sehr zugutekommt. Um das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit zu minimieren, haben wir bei unseren Partnern in Deutschland eine Einzugsbevollmächtigung eingerichtet. Zudem haben wir aus der Insolvenz und dem Konkurs zweier ehemaliger Geschäftspartner gelernt und fordern bei Neukunden nun die Zahlung vor der Veranstaltung.

Ein wichtiger Aspekt ist auch das Thema Personal. Auf dem aktuellen Arbeitsmarkt ist es zunehmend schwierig, kompetente Fachkräfte zu finden. Daher legen wir großen Wert auf die Bindung und Schulung unserer Jetpiloten. In Stoßzeiten können wir zudem auf mehrere Freelancer zurückgreifen. Gemeinsam mit unseren zukünftigen Partnern im Norden Deutschlands und zwei Freelancern in der Region Stuttgart arbeiten wir daran, unsere Position weiter zu stärken, um unseren Kunden kostengünstige Beerjets mit qualifiziertem Personal anbieten zu können. Unser Personal wird zudem zweimal jährlich von Beerjet geschult, was einen wichtigen Austausch und eine kontinuierliche Weiterentwicklung ermöglicht.

Im Frühjahr 2025 wird uns die Beerjet GmbH den BJ2 liefern, der eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden Portfolio darstellt. Zwar hat der BJ2 nicht die Leistung des BJ6, bietet jedoch vielen Veranstaltern einen weiteren Vorteil. Neben der Ansprache bestehender Kunden wollen wir mit diesem Modell auch Neukunden gewinnen.

Um Risiken weiter zu minimieren, hat die Geschäftsleitung verstärkt auf Mehrjahresverträge und Partnervereinbarungen für die Vermietung der Geräte gesetzt. Dies ist vor allem bei Kunden möglich, die regelmäßig wiederkehrende Veranstaltungen haben. Bei einigen Kunden ist dies bereits erfolgreich umgesetzt worden, was nicht nur das Risiko verringert, sondern auch den Vertriebsaufwand reduziert. Zusätzlich ist die Einstellung von weiterem Personal vorgesehen, das den Vertrieb unterstützt und sich speziell um die Bestandskunden kümmert.

### **Forschung und Entwicklung**

Die Rent a Beerjet AG betreibt keine Forschung und Entwicklung im nennenswerten Umfang.

### **Zweigniederlassungen**

Die Rent a Beerjet AG unterhält keine Zweigniederlassungen.

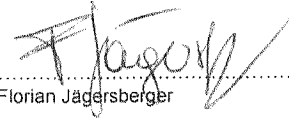
## Finanzinstrumente

Die Rent a Beerjet AG setzt zur Finanzierung ihrer Geschäftstätigkeit verschiedene Finanzinstrumente ein. Neben den im Jahresabschluss dargestellten Bankkrediten und Darlehen bestehen Leasingverträge für die im Berichtsjahr angeschafften sieben Beerjets. Diese Leasingverträge stellen ein wesentliches Element der Investitions- und Finanzierungstätigkeit dar.

Mit Ausnahme der genannten Bankkredite, Darlehen sowie der Leasingverträge für die sieben angeschafften Beerjets verwendet die Rent a Beerjet AG keine weiteren Finanzinstrumente, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage oder der voraussichtlichen Entwicklung von Bedeutung wären.

23.05.2015

Datum, Florian Jägersberger



# **Beilage III**

**Allgemeine Auftragsbedingungen für  
Wirtschaftstreuhandberufe**

# Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Zur Verfügung gestellt vom Vorstand der Kammer der Steuerberater:innen und  
Wirtschaftsprüfer:innen

## Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen „Auftraggeber“ genannt.

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

## I. TEIL

### 1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
- Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
- Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenseitiger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragsverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

### 2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitsklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

### 3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

### 4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstellen.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissenserklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortersystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht fern-mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDAS-VO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteidisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

### 5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten,

Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftragnehmer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

### 6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

### 7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben- oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den

Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, unbeschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungsgehilfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

#### 8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogenen Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder beruflich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

#### 9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart

ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

#### 10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufstüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabeverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

#### 11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

#### 12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht

nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

- (2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.
- (3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.
- (4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.
- (5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).
- (6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):
  - (7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilomergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.
  - (8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.
  - (9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.
- (10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.
- (11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmensgeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.
- (12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.
- (13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.
- (14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.
- (15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabebemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.
- (16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.
- (17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.
- (18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

### 13. Sonstiges

- (1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.
- (2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragsbefreiung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragsbefreiung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder unzumutbar, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.
- (3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).
- (4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.
- (5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.
- (6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

### 14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

- (1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.
- (2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.
- (3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

## II. TEIL

### 15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhändern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvorschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvorschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvorschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes

begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichtet und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungsstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.



Bildmarke des Amtssiegels gemäß §13 Absatz 2 Notariatsordnung.